

Editorial



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Der allgemeine Trend zu tieferen Unternehmenssteuern setzt sich fort. Die Steuersätze für Unternehmen sind im Durchschnitt der OECD-Länder von 37½ (1996) auf 34 Prozent (2000) und 33 Prozent (2001) gesunken; für die EU galten die Durchschnittssätze 39 (1996), 35½ (2000) und

«Unsere Steuervorteile bewahren»

33¾ Prozent (2001). Fiskalreformen in Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden tragen massgeblich zu diesem sinkenden Trend bei. In Einzelfällen sind die Vorgaben spektakulär. Irland will seine Unternehmenssteuersätze 2003 auf 12½ Prozent absenken! In diesem Umfeld bewegt sich die helvetische Fiskalpolitik.

Die Fakten zeigen mit aller Deutlichkeit, dass unsere Steuervorteile rapide dahinschmelzen.

Wir müssen deshalb handeln und Reformen in die Wege leiten, die eine spürbare Entlastung der Unternehmungen, insbesondere der KMU, bewirken.



Schreiben Sie an:
rudolf.ramsauer@
economieuisse.ch

Schwerpunktthema

CH21 will die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien fördern und die Aus- und Weiterbildung in diesen Bereichen in der Schweiz verbessern.

Seite 2 ▶

Gold der Nationalbank – unseliger Verteilungskampf

economieuisse hat seit Beginn des Verteilungskampfes um die «überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB)» die Meinung vertreten, dass diese Finanzmittel hauptsächlich für den Schuldenabbau von Bund und Kantonen zu verwenden ist. Damit kombiniert werden sollen Steuerreduktionen.

Geordnete öffentliche Finanzen und eine moderate Steuerbelastung stellen einen wichtigen Standortfaktor dar. Mit einer Schuldenrückzahlung wäre gleichsam auch die Substanzerhaltung in einem weiteren Sinn sichergestellt: Zwar würde das Goldvermögen zur Schuldentrückzahlung verwendet und daher nicht mehr als Aktivposten in Erscheinung treten, dennoch wäre eine Art Substanzerhaltung gewährleistet, solange die Bundesschuld auf dem dank der Rückzahlung erreichten niedrigeren Niveau bleiben würde und Erträge dauerhaft in Form niedriger Schuldzinsaufwendungen anfielen. Anstelle der direkten Schuldentrückzahlung könnte

auch die indirekte Variante über einen Fonds zur Schuldentilgung ins Auge gefasst werden.

Schuldenabbau nicht vorgesehen

Die WAK des Ständerates hat bei der Suche nach einem Gegenvorschlag zur Goldinitiative der SVP diese volkswirtschaftlichen Überlegungen nicht berücksichtigt und ein Gesamtpaket geschnürt, das in erster Linie sämtliche Kreise am Goldsegen teilhaben lassen will.



Rudolf
Walser,
Mitglied der
Geschäftsleitung

Danach würde der Erlös aus dem Verkauf des überschüssigen Währungsgoldes in einen rechtlich selbständigen Fonds übertragen, und die daraus fließenden Fondserträge gingen während 30 Jahren zu je einem Drittel an die AHV, an die Kantone und an eine durch Gesetz zu errichtende Stiftung zur Erfüllung humanitärer Aufgaben. In diesem Vorschlag kommt die von der Wirtschaft bevorzugte Verwendung der

nach Schaffung einer Stiftung solidarische Schweiz verbleibenden überschüssigen Goldreserven von 800 Tonnen zum Schuldenabbau von Bund und Kantonen nicht vor, obwohl diese Variante in der Vernehmlassung – vor allem auch bei den Kantonsregierungen – auf breite Unterstützung gestossen war. Es ist daher wenig verständlich, wenn die WAK-S – wie auch der Bundesrat, der den ständerätlichen Kommissionsvorschlägen folgen will – bei jeder sich bietenden Gelegenheit (z.B. bei der Verwendung der Haushaltsüberschüsse) immer wieder die Notwendigkeit des Schuldenabbaus vor Steuerreduktionen predigt und nun Vorschläge präsentiert, die auf neue Ausgaben setzen. Aus den genannten Gründen kann sich deshalb economieuisse mit dem ständerätlichen Vorschlag für eine entsprechende Übergangsbestimmung in der Bundesverfassung nicht identifizieren.

Schwerpunkte fehlen

economieuisse unterstützt die Idee einer Stiftung Solidarische Schweiz, bedauert aber, dass im ent-

100 Jahre CHOCOSUISSE

Die CHOCOSUISSE, der Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten, hat kürzlich das 100-Jahr-Jubiläum gefeiert. Fast ebenso lang gehört der Verband auch dem ehemaligen Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein an, dem er bereits 1908 beigetreten ist.

Seite 2 ▶

Grundversorgung mit Fernmeldediensten

economieuisse befürwortet die zügige und vollständige Liberalisierung des schweizerischen Telekommunikationsmarktes verbunden mit einer Privatisierung der Swisscom. Ebenso deutlich bekennt sie sich zur Sicherstellung einer Grundversorgung mit Fernmeldediensten.

Seite 3 ▶

Förderung des Technologiestandortes

Swiss Technology Partnership setzt sich für die nachhaltige Stärkung des Technologiestandortes Schweiz ein, so dass dessen weltweit führende Stellung langfristig gesichert bleibt. Dazu steht unter anderem eine Datenbank mit rund 170 Schweizer Technologie-Förderinitiativen zur Verfügung.

Seite 3 ▶

sprechenden Bundesgesetz die stets verlangte Fokussierung der Stiftungsaufgaben auf einen klar er-

Fortsetzung auf Seite 2

economieuisse gründet Verkehrskommission

Die von economieuisse neu geschaffene Verkehrskommission ist in Basel zu ihrer ersten Sit-

zung zusammengetreten. Unter dem Präsidium von Nationalrat Paul Kurrus, Mitglied der Geschäftsleitung der Crossair, gehören ihr Vertreter aller Verkehrsträger sowie der Transportbenützer an.

Hauptaufgabe der Kommission wird es sein, die Bedürfnisse der

Wirtschaft an die Verkehrspolitik zu formulieren, zu rechtlichen Vorlagen im Verkehrsbereich Stellung zu nehmen sowie konkrete Projekte zuhanden von economieuisse zu beurteilen.

Mit der Schaffung einer speziellen Verkehrskommission trägt

economieuisse der wachsenden Bedeutung des Verkehrs für das Funktionieren der Wirtschaft und für die Qualität des Wirtschaftsstandortes Schweiz Rechnung.



Link:
www.economieuisse.ch

kennbaren Zweck nicht vorgenommen worden ist. Vielmehr ist der Aufgabenkatalog derart diffus abgefasst, dass fast alles und jedes unterstützt werden könnte. Die klare Schwerpunktsetzung fehlt eindeutig. Es ist zudem nicht ersichtlich, warum eine Solidaritätsstiftung nur den Jungen gewidmet werden soll und nur unter 40-Jährige dem Stiftungsrat angehören sollen. Es bestehen deshalb ernsthafte Zweifel, ob sich die Bevölkerung mit einem derartigen Stiftungszweck identifizieren kann.

Goldinitiative untauglich

Was schliesslich die Goldinitiative der SVP anbetrifft, so wurde diese seinerzeit lanciert, um die vom Bundesrat vorgeschlagene Errichtung einer Solidaritätsstiftung zu torpedieren. Nach dem Initiativtext sollen die überschüssigen Währungsreserven der SNB oder deren Erträge daraus ausschliesslich dem AHV-Ausgleichsfonds zukommen. Die Crux der SVP-Goldinitiative liegt darin, dass die überschüssigen Währungsreserven nicht explizit und abschliessend definiert werden. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, auch in Zukunft auf «überschüssige» Währungsreserven (nicht Goldreserven) zurückzugreifen, womit die SNB in einen permanenten Verteilungskampf hineingerzert werden könnte, was unweigerlich deren Unabhängigkeit aufs Spiel setzen würde.

Hinzu kommt, dass beim Vorschlag der SVP auch die Ansprüche der Kantone an den Gewinnen der SNB missachtet würden. Schliesslich würde die Goldinitiative der SVP nicht nur einen Schuldenabbau, sondern auch die Errichtung einer Solidaritätsstiftung verunmöglichen. Aus diesen Gründen kann economiesuisse die Goldinitiative der SVP nicht unterstützen.

Link:
www.economiesuisse.ch

CH21-Kongress verleiht der Schweiz Impulse

Zu Beginn dieses Jahres wurde das «CH21-Impulsprogramm» gestartet. Am ersten CH21-Kongress im Centre for global dialogue in Rüschlikon diskutierten rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die heutige Situation der Schweiz und mögliche Perspektiven in der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Das CH21-Impulsprogramm ist eine private Initiative und wird bereits von über 100 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Verbänden, Hochschulen, Politik und Verwaltung unterstützt. Initianten und Mitglieder bekennen sich zu einer aktiven Schweiz im digitalen Zeitalter. Durch ihre Unterstüt-

zung verpflichten sie sich – auf zwei Jahre beschränkt –, interne und externe Aktivitäten zu planen und umzusetzen, die die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien fördern und die Aus- und Weiterbildung in diesen Bereichen in der Schweiz verbessern. Die Schweiz soll in der Informations- und Kommunikationstechnologie eine Spitzenposition einnehmen bei der Aus- und Weiterbildung, im Staat (e-government), der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Konkrete Projekte

Einige erste konkrete Projekte beginnen bereits zu laufen, eines im Bereich Senioren und Internet, ein anderes in der Internet-Ausbil-

dung von Jugendlichen in der Freizeit.

Am ersten CH21-Kongress wurde die heutige Situation der Schweiz in der Informations- und Kommunikationstechnologie diskutiert. Das CH21-Impulsprogramm wurde aus der Überzeugung lanciert, dass die Schweiz ihre Position als Standort im internationalen Wettbewerb bezüglich der Informations- und Kommunikationstechnologie verbessern muss. Daran muss die ganze Schweiz mitwirken. Der CH21-Kongress ist deshalb auch Auftakt zu Informationsveranstaltungen in der Westschweiz und im Tessin.

Link:
www.ch21.ch

Bildung im ICT-Bereich soll forciert werden

Die Berner Ständerätin Christine Beerli machte anlässlich des CH21-Kongresses eine aufschlussreiche Bestandaufnahme der Aus- und Weiterbildungsaktivitäten im ICT-Bereich.

Auf der Stufe «obligatorische Schulzeit» besteht der grösste Handlungsbedarf bei der Weiterbildung der Lehrkräfte und der Bereitstellung der Infrastrukturen. Mindestziel ist, dass die Hälfte der rund 90'000 Lehrkräfte für die Nutzung der Internetdienste und der Bildungsoftware, das heisst für den virtuellen Lernraum qualifiziert sind. Mit der Initiative «Public Private Partnership – Schulen im Netz» wird eine Plattform geschaffen, wo die Kantone mit ihren Schulen als Nachfrager und eine Partnerschaft aus Wirtschaft, Kantonen und Bund als Anbieter auftreten. Der Bund übernimmt in dem auf die Jahre 2002 bis 2007 befristeten Zeitraum rund 20 Mio. Franken pro Jahr. Das

Engagement der Kantone für Aus- und Weiterbildung wird pro Jahr auf 15 bis 30 Mio. Franken geschätzt. Das Engagement der Wirtschaft beläuft sich auf über 100 Mio. Franken. Die so angestossenen Massnahmen sollen nach Ablauf der Initiative in die ordentliche Erstausbildung der Lehrkräfte integriert werden.

Die vierjährige Berufslehre Informatiker/-in existiert seit 1994. Im letzten Jahr gab es über 2000 neue Lehrverhältnisse, ab dem Jahr 2003 sollen es rund 3000 bis 5000 sein. Der Bund gibt in den nächsten drei bis vier Jahren rund 1,2 Mio. Franken für eine Flexibilisierung und Modularisierung der Grundausbildung aus.

Für Abgänger/-innen von Mittelschulen werden während dreier Jahre spezielle Praxislehrgänge angeboten, die sie auf Studien in Informations- und Kommunikationstechnologien an den Fachhochschulen vorbereiten. Mit den sechs bewilligten Projekten soll der Man-

gel an Praktikumsplätzen gelindert werden.

Die Möglichkeiten des Internets werden vermehrt auch für den multimedialen Unterricht auf Hochschulstufe genutzt. Für den so genannten «Campus Virtuell» beträgt das Budget 30 Mio. Franken. Die ETH und die Fachhochschulen beteiligen sich mit zusätzlichen Mitteln und sind mit mehr als zehn Projekten beteiligt. Mit dem Weiterbildungs- und Aktionsprogramm Sofnet, das von der Informatikschule Schweiz getragen wird, soll die Schweizer Software-Szene wettbewerbsfähiger gemacht werden durch die Stärkung der Entwicklungskompetenz und den Wissenstransfer. Bis 2003 sollen so 500 Absolventen zu IT-Professionals weitergebildet werden.

Das vollständige Referat kann unter nachfolgender Kontaktadresse bestellt werden.

Kontakt:
margrit.hoffert@hta-bi.bfh.ch

100 Jahre CHOCOSUISSE

Die CHOCOSUISSE, der Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten, hat kürzlich das 100-Jahr-Jubiläum gefeiert. Fast ebenso lang gehört der Verband auch dem ehemaligen Schweizerischen Handels- und Industrieverein an, dem er bereits 1908 beigetreten ist.

Darin manifestiert sich die offene Geisteshaltung dieses Branchenverbands, der es stets gewohnt war und ist, aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung über den Tellerrand der eigenen Interessen hinauszublicken. Das gilt im Inland vor allem für die permanente Auseinandersetzung mit der schweizerischen Agrarpolitik, die bekanntlich verfassungsrechtlich nicht den gleichen Spielregeln unterworfen ist wie die übrige Wirtschaftspolitik. Obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Schokoladefabrikanten durch das höhere schweizerische Agrarpreisniveau direkt beeinflusst wird, hat sich die CHOCOSUISSE stets um sachliche und wirtschaftlich verantwortbare Lösungen an der Schnittstelle Landwirtschaft/Nahrungsmittelindustrie bemüht. Der weite Horizont der CHOCOSUISSE zeigt sich insbesondere in der Aussenhandelspolitik, wo sie sich konsequent für eine gegenseitige Öffnung der Märkte einsetzt und economiesuisse damit ein verlässlicher Verbündeter ist.

In der langen Zeit der Zugehörigkeit zum ehemaligen Vorort war es natürlich unvermeidlich, dass es auch Meinungsunterschiede auszufechten gab. Dabei ging es nicht nur stets sachlich zu und her, sondern der gegenseitige Respekt ging auch nie verloren, im Wissen darum, dass der Wirtschaft im politischen Prozess nicht gedient ist, wenn sie sich selbst auseinanderteilt.

economiesuisse dankt der CHOCOSUISSE für die langjährige grosse Unterstützung, Treue und Loyalität und hofft, auch in Zukunft auf diese wertvolle Zusammenarbeit zählen zu können.

IMF zur Schweizer Wirtschaftspolitik

Vor kurzem ist auf dem Internet der vollständige Bericht des International Monetary Fund (IMF) zur Schweizer Wirtschaftspolitik veröffentlicht worden. Die Schweiz erhält insgesamt gute Noten, Verbesserungen werden in den Bereichen Schuldenabbau sowie Wettbewerbsorientierung angeregt.

Link:
www.imf.org

Einführung von Euro-Bargeld

Am 1. Januar 2002 führen zwölf europäische Länder das Euro-Bargeld ein. Deren vertraute Währungen (Deutsche Mark, französische Francs usw.) sind nur noch wenige Monate gültig. Es lohnt sich schon heute, diese Bargeldumstellung im Auge zu behalten. Die Schweizerische Bankiervereinigung hat seit kurzem eine informative Homepage dazu aufgeschaltet.



Link:
www.euro-cash.ch

Internet-Betrug von ICC aufgedeckt

Das Commercial Crime Bureau der Internationalen Handelskammer ICC hat im Internet einen Betrug mit gefälschten Banksicherheiten im Wert von rund acht Mrd. Franken aufgedeckt. Da sich seit der Aufdeckung bereits weitere Opfer gemeldet haben, liegt der tatsächliche Schaden eventuell noch höher. Bei dem Betrug wurden insgesamt 29 Internet-Websites benutzt, von denen einige inzwischen geschlossen wurden. Allerdings befindet sich laut ICC Commercial Crime Bureau der «Drahtzieher» noch auf freiem Fuss.

Es wurden gefälschte Sicherheiten ausgegeben, die auf der Homepage der Betrüger bestätigt wurden. Die Websites waren so gestaltet worden, als ob sie von einer internationalen Clearingbank betrieben würden. Die Betrüger operierten in den USA und im Fernen Osten, die gefälschten Sicherheiten wurden allerdings auch Banken in verschiedenen Ländern, z.B. in Grossbritannien, vorgelegt.



Link:
www.icc-switzerland.ch

swissparks.ch gegründet

Vier der führenden Schweizer Technologieparks – Technopark Zürich, Technopark Bern, High Tech Center Tägerwilen und TEBO St.Gallen – haben den Club der Schweizer Technologieparks und Gründerzentren ins Leben gerufen. Er bezweckt die Förderung der Technologiekompetenz und der Standortqualität für Jungunternehmen und Wachstumsfirmen in der ganzen Schweiz.

Der Club ist offen zur Aufnahme weiterer Mitglieder, soweit sie den festgelegten Profil- und Qualitätskriterien entsprechen.



Link:
www.swissparks.ch

Politik Schweiz

Für eine erschwingliche Grundversorgung

economiesuisse befürwortet die zügige und vollständige Liberalisierung des schweizerischen Telekommunikationsmarktes verbunden mit einer Privatisierung der Swisscom. Ebenso deutlich bekennt sie sich zur Sicherstellung einer Grundversorgung mit Fernmeldediensten.

Der Verband der Schweizer Unternehmen steht hinter dem Fernmeldegesetz, welches nicht nur die Schaffung eines wirksamen Wettbewerbs beim Erbringen von Fernmeldediensten, sondern auch eine zuverlässige und erschwingliche Grundversorgung mit Fernmeldediensten für alle Bevölkerungskreise in allen Landesteilen gewährleisten soll. Bei der kürzlich erfolgten Vernehmlassung zur Revision der Verordnungsbestimmungen bezüglich der Grundversorgung mit Fernmeldediensten hat deshalb economiesuisse die grundsätzliche Übungsanlage,

insbesondere die erfolgte konsequente Trennung zwischen der Grundversorgung und den Bestimmungen über Interkonnektion begrüsst.

Die vorgesehene Ausschreibung der Grundversorgungskonzession betrachtet economiesuisse aber als Alibiübung, da aufgrund der heutigen Rahmen- und Marktbedingungen (insbesondere der fehlenden Entbündelung



René Buholzer, Mitglied der Geschäftsleitung

des Teilnehmeranschlusses) einzig die Swisscom in der Lage ist, die Anforderungen, welche an die Grundversorgungskonzessionärin in Bezug auf die flächendeckende Erschliessung mit Hausanschlüssen gestellt werden, zu erfüllen. Es kann deshalb zum heutigen Zeitpunkt nur darum gehen, die Swisscom unter angemessene-

nen Bedingungen zu verpflichten, den Grundversorgungsauftrag weiterzuführen. Diese Übergangsregelung sollte aber nur solange aufrechterhalten bleiben, bis sich die Rahmenbedingungen so geändert haben, dass ein effektiver Wettbewerb um die Erbringung der Grundversorgung möglich ist.

Service- statt Technologiebeschreibungen

Aus Kostenüberlegungen setzte sich economiesuisse in dieser Vernehmlassung zudem für eine restriktive Definition der Grundversorgung ein. Sie lehnte deshalb insbesondere die Aufnahme eines ISDN-Anschlusses in die Grundversorgung ab. Gegen die Aufnahme eines ISDN-Anschlusses in die Grundversorgung spricht auch die Überzeugung, dass die Grundversorgung nicht mit Technologien, sondern mit Servicebeschreibungen bzw. Dienstleistungen definiert werden sollte.

Technologieförderung

Swiss Technology Partnership – STEPS, Verein zur Förderung des Technologiestandortes Schweiz – stellt die erste einfach zugängliche Datenbank der Schweiz über ihre Homepage www.swissteps.ch mit rund 170 Schweizer Technologie-Förderinitiativen seit kurzem allen Internetbenutzern zur Verfügung. Abfragen können nach Kriterien wie Fördermittel, unterstützte Technologien, geografische Region oder Name der Förderstelle gemacht werden. Mit dieser Übersicht wird Transparenz geschaffen und gleichzeitig die Basis für eine Vernetzung gelegt. Die Informationen werden laufend aktualisiert, und ein sukzessiver Ausbau dieser Dienstleistung ist vorgesehen.

STEPS – Swiss Technology Partnership wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, sich

entschlossen für die nachhaltige Stärkung des Technologiestandortes Schweiz einzusetzen, so dass dessen weltweit führende Stellung langfristig gesichert bleibt. Weiter bildet die Schweizer Technologie einen Bereich, der zur Sicherung und Entwicklung der Arbeitsplätze



und der Wohlfahrt der Schweiz in den kommenden Jahrzehnten stark beitragen wird.

Folgende Organisationen und Unternehmen sind im Vorstand oder Aktivmitglieder von STEPS:

APTE Association, ASUT – Schweiz, Verband der Telekommunikationsbenutzer, aventic partners AG, Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del Can-

tone Ticino, CSEM, Fabrimex AG, Generics AG, Infel Kommunikationsagentur, INGCH – Engineers Shape our Future, metas – Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung, Microsoft AG, Pro Telecom, Schweizer Automatik Pool (SAP), Schweiz. Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW), Schweiz. Elektrotechnischer Verein (SEV), sima – swiss interactive multimedia association, SMUV – Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, Sun Microsystems Schweiz AG, Swiss Software Association – SwissSOFT, Technische Rundschau, Technologiestandort Schweiz, Venture Partners AG, Verband Schweiz. Elektro-Installationsfirmen.

Politik International

Kampf um .eu-Domain

Die geplante .eu-Internet-Domain spaltet die Mitgliedstaaten: Uneinigkeit herrscht bezüglich Zugang und Kontrolle der neuen Domain. Vor Beginn 2002 ist mit Registrierungsmöglichkeiten kaum mehr zu rechnen. Es zeigt sich, dass unter den Mitgliedstaaten Uneinigkeit herrscht darüber, wem die Domain .eu offen stehen soll. Ebenfalls strittig sind die Kompetenzen des Kontrollorgans, das erst noch geschaffen werden muss. Die heftigsten Bremser bei den Mitgliedstaaten sind Frankreich und Spanien, die ihre (unattraktiven, weil überreglementierten) nationalen Länderkürzel protegieren wollen. Die Länderkürzel wie .de oder .fr würden mit der Einführung einer .eu zwar nicht abgeschafft, doch die neue Domain wäre eine ernst zu nehmende Konkurrenz. Die Vereinigung der europäischen Unternehmen und Arbeitgeber (UNICE) unterstützt die Einführung der Domain. Sie ist der Ansicht, dass eine .eu-Domain die europäischen Unternehmen im Internet sichtbarer machen würde und als Sprungbrett für junge Unternehmen in Europa dienen könnte. Die Schweiz hat Beschwerde dagegen eingereicht, dass die .eu-Domain nur Unternehmen, Organisationen und Personen der 15 EU-Mitgliedstaaten offen stehen soll.

Neue Präsidentin bei SwissICT

An der letzten Generalversammlung hat der Schweizerische Verband der Informations- und Kommunikationstechnologie SwissICT Nationalrätin Maja Lalive d'Epinay zur Präsidentin gewählt. SwissICT – Mitglied von economiesuisse – erbringt für seine Mitglieder Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich der Applikationsentwicklung, des Business Engineerings, der Human Resources und der Informationstechnologie sowie Veranstaltungen zur Pflege der persönlichen Beziehungen unter Fachkolleginnen und -kollegen. Ausserdem schafft SwissICT Transparenz im Bereich der Berufe und Löhne der Informatiker und Rechtssicherheit bezüglich Verträge im Bereich der Informatik. Weitere Angebote sind die kostenlose Abgabe der Fachzeitschrift «Informatik», die aktive Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen (Wirtschaftsförderung, Berufsbildung, Image und Goodwill) der Informatik durch aktives Lobbying und die Veröffentlichung von Publikationen zu aktuellen Themen.

Eine erfolgreiche EU-Erweiterung ist wirtschaftlich machbar

Eine erfolgreiche Erweiterung der EU wird die europäische Wirtschaft stärken. Dies stellte Rudolf Ramsauer, Direktor von economiesuisse, in einem Referat anlässlich der Generalversammlung der Handelskammer Schweiz-Mitteuropa fest.

Dies unter anderem darum, weil die Wirtschaften der heutigen EU- und EFTA-Länder bezüglich der Produktion weitgehend komplementär zu denjenigen der Kandidatenländer sind. Der Handel zwischen der EU und den mittel- und osteuropäischen Ländern hat seit 1993 jährlich um rund 20 Prozent zugenommen. Die EU erwirtschaftet mit diesen Ländern einen Handelsüberschuss von rund 25 Milliarden Euro; das Gleiche gilt für die Schweiz, wenn auch auf einem viel tieferen Niveau. Hinter den Erwartungen zurückgeblieben

sind die Investitionsflüsse. Eine Verbesserung des Investitionsklimas wird erfolgen, wenn der EU-Rechtsbestand übernommen wird und die rechtlichen Durchsetzungsmechanismen verbessert werden. Schlüssel für den Erfolg ist die Durchsetzung – nicht nur die Übernahme – des EU-acquis. Eine entscheidende Rolle wird auch der europäische Wirtschaftsverband UNICE spielen, denn diesem gehören die Wirtschaftsverbände der Kandidatenländer bereits an.

Eigene Geldpolitik

Von einer Erweiterung der EU sind dynamische Struktureffekte auf die Wirtschaft zu erwarten; so etwa vermehrte Auslagerungen oder – zumindest kurzfristige – Auswirkungen auf die Beschäftigung in einzelnen Branchen. Der grösste Teil der Direktinvestitionen geht allerdings in Industriestaaten und nicht in Niedriglohnländer. Die

Handelsüberschüsse mit den Oststaaten deuten ausserdem darauf hin, dass die Osterweiterung zu sicheren und neuen Jobs in den Investorenländern führen wird. Der Aufholprozess in den Reformländern wird indes nur gelingen, wenn sie weiterhin über eine eigene Geldpolitik und flexible Wechselkurse verfügen – nicht zuletzt mit Blick auf die Belastungen für den Euro.

Weniger zentralistisch

Die Osterweiterung könnte es der Schweiz dereinst erleichtern, ihren Platz in einer veränderten EU zu finden. Und zwar darum, weil in einer Gemeinschaft mit 25 oder mehr Mitgliedstaaten mehr Wert auf Subsidiarität, auf Entscheidungen auf nationalem und regionalem Niveau gelegt werden muss. Je grösser die EU ist, desto weniger zentralistisch kann sie sein.



Link:
www.economiesuisse.ch

Vernehmlassungen

19. Juni 2001

Armeeform XXI: Armeeleitbild und Revision der Militärgesetzgebung
Kontakt: peter.hutzli@economiesuisse.ch

19. Juni 2001

Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)
Kontakt: peter.hutzli@economiesuisse.ch

20. Juni 2001

Bevölkerungsschutz; Leitbild und Bundesgesetz
Kontakt: peter.hutzli@economiesuisse.ch

25. Juni 2001

Zollgesetz: Totalrevision
Kontakt: gregor.kuendig@economiesuisse.ch

30. Juni 2001

Revision des Nationalbankgesetzes
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

6. Juli 2001

Vernehmlassung:
Entwurf «Vollzugshilfe für die Entsorgung von medizinischen Abfällen»
Kontakt: rene.buholzer@economiesuisse.ch

10. August 2001

Vernehmlassung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, BFW)
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.

Dokumentation

- **«Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2001»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Gratis.
- **«Europa – Optionen und Hausaufgaben»**
Broschüre, 48 Seiten, gratis.
- **«Wirtschaftspolitisches Jahrbuch SHIV»** (Vorort)
Ausführungen zu wirtschaftspolitischen Themen, Ausgabe 1999. Taschenbuch, 204 Seiten, Fr. 35.–.
- **«Dossier Politik, Pressedienst»**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich, gratis.
- **«Kapitalgewinnsteuer»**
Argumentarium für Medien, Politiker und politisch Interessierte. Gratis.
- **«Facts der Wirtschaft»**
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4–5 Mal jährlich, gratis.
- **«Newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- **«E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.

Via Internet – aber auch mündlich kommunizieren



Martin Pfisterer, Mitglied der Geschäftsleitung BKW FMB Energie AG

Martin Pfisterer nutzt das Internet als Mitglied der Geschäftsleitung der BKW FMB Energie AG in Bern vor allem beruflich. Er interessiert sich mit Blick auf die Strommarktöffnung natürlich für die Energiepreisentwicklung sowie für die Mitbewerber im In- wie im Ausland bezüglich ihrer Angebote, ihres Marktauftritts und ihrer Kommunikation.

Weil Martin Pfisterer selbst auch die Verantwortung für vier Internetauftritte und ein Intranet hat, vergleicht er die Nutzung und das Management solcher Auftritte. «Die Technologie ist anspruchsvoll: Die Informationen sind zwar schnell aufs Netz gesetzt; viel

www.bkw.ch
www.1to1-energy.ch
www.juvent.ch
www.youtility.ch

aufwändiger ist es jedoch, die Seiten jederzeit aktuell zu halten.» Dem Vergleich dienen vorab Seiten von Mitbewerbern wie Atel oder Axpo im Inland und EDF, RWE oder EON im Ausland.

Aus beruflichen Gründen befasst sich Martin Pfisterer auch mit der Energiepolitik in der EU wie in der Schweiz. Er ist an europä-

weiten internen Branchennetzen zum Informationsaustausch angeschlossen. Täglich durchforsten seine Mitarbeiter bis 9 Uhr morgens alle für das Unternehmen wichtigen Sites europaweit für das interne Reporting. Im privaten Bereich sei es ihm – leider, wie er festhält – zur Gewohnheit geworden, abends nochmals alle Mails zu lesen und auch zu beantworten. «Mails können nicht unbeantwortet stehen gelassen werden.» Die an sich hervorragende Internetkommunikation hat aber auch ihre Schwächen. Pfisterer weiss von Unternehmen, die einen regelmässigen «Tag ohne Mailverkehr» eingeführt haben, damit die persönliche Kommunikation – das Gespräch – nicht zu kurz kommt. Für die BKW ein Grund mehr, den Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Möglichkeit persönlich zu führen. Weitere häufig besuchte Sites sind Serviceplattformen wie wetter.ch oder jene von SBB oder Fluggesellschaften.

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

Verantwortliche Redaktion: Stefan Kern

Adresse: Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich

Tel.: 01/421 35 35, Fax: 01/421 34 34

E-Mail: stefan.kern@economiesuisse.ch

Web: www.economiesuisse.ch

Erscheinungsweise: monatlich

Gestaltung: Layout88 GmbH, Zürich

Druckvorstufe und Druck: Druckerei Kocherhans AG, Zürich

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Name, Vorname

Funktion

Firma

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail